

## **Nr. 2**

### **Beschluss auf der MIT-Bundesvorstandssitzung am 05. August 2013 in Berlin**

Der MIT-Bundesvorstand hat beschlossen:

**Nachstehenden Antrag bringt der MIT-Bundesvorstand auf der MIT-Bundesdelegiertenversammlung am 11./12. Oktober 2013 ein:**

### **Sozialverantwortung von Unternehmen weiterhin freiwillig**

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU lehnt eine gesetzlich verpflichtende Sozialverantwortung von Unternehmen (CSR) grundsätzlich ab. Die CDU und die CSU, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der PKM, die Europaabgeordneten von CDU und CSU, die CDU-Mandatsträger in den Ländern sowie die verantwortlichen Stellen werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass entsprechende gesetzliche Regelung verhindert werden.

#### **Begründung:**

EU-Kommissar Michel Barnier hat im April 2013 einen Vorschlag zu Berichterstattungspflichten über das soziale Engagement von Unternehmen vorgelegt. Börsennotierte Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen demnach über ihre sozialen Tätigkeiten berichten. Der Kommissar hat das Prinzip der freiwilligen Sozialverantwortung jedoch nicht in den Vorschlag aufgenommen. KMU sind von dem Vorschlag ausgenommen und sollen vor verpflichtender Sozialverantwortung geschützt werden.

Berichterstattungspflichten von CSR-Leistungen erhöhen die Bürokratiekosten für Unternehmen. Es ist zudem zu befürchten, dass CSR auch in Zukunft verpflichtend auf KMU ausgeweitet wird, wenn dieser Gesetzesvorschlag angenommen werden sollte.

Es ist absolut inakzeptabel, wenn Unternehmen von europäischer Seite dazu verpflichtet werden, eine Weihnachtsfeier für Mitarbeiter zu organisieren oder einen Fußballverein zu fördern. Es ist das Recht eines jeden Betriebes zu entscheiden, ob und wie Sozial- und Umweltbelange gestaltet werden. Die unternehmerische Freiheit, sich für diese Belange einzusetzen, muss geschützt bleiben. Nur ein freiwilliges Bekenntnis zu Umwelt- und Sozialverantwortung macht Unternehmen glaubwürdig und motiviert die Mitarbeiter.